

Es ist nicht so, dass Fritz Shepperd seine Heimat verfluchen würde. Ja, er kann sogar richtig schwärmen: von den rollenden Hügeln, den „guten, hart arbeitenden Leuten“ – von Ohio, „dem Land der Erfindungen und Innovationen“.

Aber das ist Geschichte. Shepperd ist weg. Und er ist froh darüber. „Die nächsten Jahre werden hart, so viel ist sicher. Die Wirtschaft in Ohio ist tot.“

Vor Kurzem hat er seine Blocks mit Arbeiterwohnungen verkauft („Wir hatten 50 bis 70 Prozent Leerstand“) und ist fortgezogen wie viele andere auch. Jetzt lebt Shepperd (52) als Unternehmensberater in München, berät mittelgroße Firmen bei ihrer Internationalisierung und schwärmt von all den „Möglichkeiten hier in Europa“.

Don Jakeway (58) hat eine Karriere als Wirtschaftsentwickler in Ohio und in Michigan hinter sich. Seine Aufgabe: Unternehmen ansiedeln, Jobs herschaffen. Ein hartes Brot. Zwar verändere sich einiges – die langsam sterbenden Dinosaurier der Autoindustrie würden allmählich ersetzt durch andere Branchen, Sicherheitstechnologie zum Beispiel, die ja in Zeiten ständigen Terroralarms Konjunktur habe – „aber es geht alles nicht schnell genug“. Investiert werde nun mal anderswo: Die Industrie wandere in den Süden der USA ab und in den Fernen Osten. „Extrem schwere Zeiten da oben.“

Auch Jakeway ist inzwischen weg. Er hat zugegriffen, als ein attraktives Angebot aus Texas kam. Seit einem halben Jahr arbeitet er als Standortvermarkter in San Antonio.

Rob Blanchard (50) macht sich keine Illusionen. „Einfacher wird's auf absehbare Zeit nicht.“ Er arbeitet als „Builder“ in Zentral-Michigan. Er kauft Häuser, renoviert und verkauft sie. Ein gutes Geschäft, über viele Jahre hinweg. Die Immobilienpreise stiegen und stiegen. Bis vor Kurzem sogar hier in der Gegend. „Aber das ist vorbei. Es wird lange dauern, bis wir die Höchststände wieder erreichen.“

Während der Rest der USA noch darüber spekuliert, ob die Immobilienblase nun wirklich geplatzt ist und ein herber Preisrückgang eine Rezession auslösen wird, ist Michigan schon einen Schritt weiter: Der Preisverfall hat längst eingesetzt. Nirgends in den USA entwickelt sich der Immobilienmarkt so schlecht (siehe Grafik Seite 180).

Sandy Levin (75), lang gedienter Kongressabgeordneter aus Michigans schwer gebeutelter „Motor City“ Detroit, hat sein Kampagnenthema gefunden. Lange waren die Demokraten in der Defensive. Doch jetzt ist da diese verbreitete Unzufriedenheit: 61 Prozent der Amerikaner glauben inzwischen, ihr Land entwickle sich in die falsche Richtung. Wie viele seiner Kollegen, die sich am 7. November zur Parlamentswahl stellen, hat Levin die Vernichtung von Industriejobs durch die angeblich unfaire Globalisierung auf seine Agenda gesetzt. Und das heißt auch: Schutz vor ausländischem Wettbewerb. Von Präsident Bush fordert der weißhaarige Abgeordnete, er solle „China daran hindern, den US-Markt zu überfluten“. Immer gut, wenn es einen Schuldigen gibt.

Willkommen im Mittleren Westen, dem Epizentrum der Sinnkrise Amerikas.



Der Blick ins Herz

Verlassen: Die angeschlagenen Industrieregionen des Mittleren Westens sind das Epizentrum der Krise



AMERIKA Steigende Unsicherheit, sinkende Einkommen: Die Mittelschichten fühlen sich als Verlierer der Globalisierung. Die Politiker reagieren – und setzen auf Abschottung.

Das Washingtoner Polit-Establishment mag sich um die richtige Strategie im Irak-Krieg streiten. In der großen Landmasse zwischen den Küsten haben die Leute andere Sorgen: Es geht um einen materiellen Abstieg, den die Mehrheit der Amerikaner inzwischen persönlich erlebt. Es geht um die wirtschaftliche Zukunft eines Landes, das weit über seine Verhältnisse lebt und dieses Jahr ein Leistungsbilanzdefizit von 800 Milliarden Dollar verzeichnen

wie heute. Nicht einmal die Hälfte glaubt noch, dass „die Zukunft besser sein wird als die Gegenwart“; 2002 lag dieser Wert noch bei 61 Prozent. Eine Mehrheit sieht ihr Land vor einem langen ökonomischen Abstieg: 50 Prozent der Erwachsenen glauben, ihren Kindern werde es einmal schlechter gehen als ihnen selbst. Nur 34 Prozent erwarten eine bessere Zukunft. Es ist gerade die weiße Mittelschicht, deren Mut schwindet. Von „Angst“ und „Furcht“ ist derzeit

es, diese Ängste aufzunehmen und in politische Programme zu übersetzen.“

Niemand in Washington rede ernsthaft über Bildung, sagt Aldonas, niemand über den Ausbau der Infrastruktur, über einen Umbau des Steuersystems oder über die Reform von Social Security (Rentenversicherung) und Medicare (Krankenversicherung für Alte). Die normalen Leute abseits der Hauptstadt, die fühlten sich mit ihren Sorgen schlicht alleingelassen.

Amerika verliert seine Mitte – sozial und geografisch



Wenig Neues wächst nach: Leer stehende Gebäude in Canton (links), Plakat in Port Clinton, Auffahrt zur Interstate 77

dürfte. Es geht um das Selbstverständnis einer Nation, die nicht mehr jene sprichwörtlichen Chancen für alle bietet, sondern die sich immer mehr zur undurchlässigen Klassengesellschaft entwickelt (siehe Kasten Seite 184).

AKTUELLE UMFRAGEN des Meinungsforschungsinstituts Pew zeichnen das Bild einer verstörten Gesellschaft: Nie waren die als notorische Optimisten bekannten Amerikaner in den vergangenen vier Jahrzehnten so pessimistisch

viel die Rede in Amerika. Es klingt ziemlich vertraut für deutsche Ohren.

„Die Leute sind zutiefst verunsichert. Nicht nur einfache Arbeiter, auch gut ausgebildete College-Absolventen machen sich grundsätzliche Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft“, sagt Grant Aldonas, Wirtschaftsstaatssekretär in der ersten Amtszeit George W. Bushs, ein freier, im Zweifel konservativer Geist. „Was wir momentan erleben, das geht an den Kern unserer Identität. Und das Seltsame ist: Keine der Parteien schafft

Nirgends ist diese Verunsicherung so groß wie im traditionellen Industriegebiet südlich der Großen Seen, einer Region mit 60 Millionen Menschen, ein Fünftel der US-Bevölkerung. Sie entsenden knapp ein Viertel der Abgeordneten ins Repräsentantenhaus. Der Mittlere Westen mag angeschlagen sein, aber er hat immer noch ein entscheidendes Wort über den Kurs des Landes mitzureden.

Im 20. Jahrhundert schlug hier das Herz der amerikanischen Wirtschaft: Stahl, Autos, Maschinenbau. Der Abstieg begann in den 80er Jahren, und er geht weiter. Seit der Jahrtausendwende haben sieben Staaten des „Rostgürtels“ noch einmal zwischen 15 Prozent (Wisconsin) und 24 Prozent (Michigan) ihrer Industriejobs eingebüßt, so eine Studie der Brookings Institution.

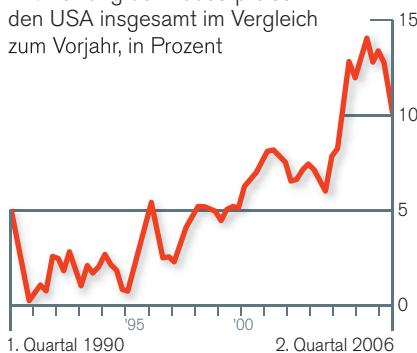
Amerika droht seine Mitte zu verlieren – sozial und geografisch.

Während in den reichen Regionen an den Küsten Industriearbeitsplätze vielerorts durch hochwertige Dienstleistungsjobs ersetzt wurden, ist dieser Strukturwandel im Mittleren Westen bislang nur wenigen Metropolen wie Indianapolis gelungen. In den meisten

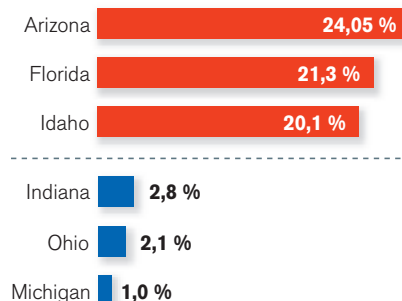
FOTOS: HENRIK MÜLLER (3)

Auf der Suche nach sicherem Boden

Entwicklung der Häuserpreise in den USA insgesamt im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Die Staaten mit den derzeit höchsten und den niedrigsten Hauspreisteigerungen



Industriestädten hingegen bedeutet der Abbau von Fabrikjobs den Verlust von Wohlstand und Sicherheit: von anständigem Einkommen, bezahltem Urlaub, Krankenversicherung.

Keine Metropolregion hat das Sterben der Industrie so hart getroffen wie Canton in Ohio. Ein Drittel der Stellen im verarbeitenden Gewerbe ist dort seit dem Jahr 2000 laut Brookings-Studie verschwunden.

Canton – das ist die Heimat der Timken Corporation, des Lager- und Stahl-

Den übrigen, einst großen Arbeitgebern der Stadt geht es nicht besser. Entweder sind sie verschwunden wie das GM-Komponentenwerk. Oder sie stecken noch in schmerzhaften Rationalisierungen wie der Staubsaugerkonzern Hoover oder der Geldautomatenhersteller Diebold.

Die Stadt kann den Abstieg vom Zentrum des Nachkriegsbooms zur Verliererin der Globalisierung nicht verhehlen. Abseits der wenigen intakten Häuserblocks rund um das Rathaus bie-

ihrer Frauen. Ein verbreitetes Phänomen, wie die „New York Times“ kürzlich analysierte.

„Wir sind eine faule Gesellschaft geworden“, sagt Janet Creighton (56). Die Bürgermeisterin von Canton ist eine resolute Frau mit Designerbrille und leuchtend grünem Blazer. Sie steht am Fenster ihres Büros und deutet hinunter auf ihre Stadt. Hier ist sie aufgewachsen, hier hat sie ihr ganzes Leben verbracht. Ihr erster Mann ist da unten auf die Timken High School gegangen und hat

Keine Stadt hat es so hart getroffen wie Canton, Ohio



Es gibt Jobs, aber immer weniger gute: Anlage bei Timken (links), Warschild auf dem Parkplatz, Straßenszene im Zentrum

konzerns der Familie des derzeitigen US-Botschafters in Berlin, William Timken. Jahrzehntlang war die Firma der wichtigste Arbeitgeber der Stadt, zeitweise schafften 17 000 Frauen und Männer in ihren Fabriken und Büros. Heute sind es noch 4500.

Die von innen aufpolierte Verwaltungszentrale des weltweit operierenden Fünf-Milliarden-Dollar-Konzerns findet sich inmitten angejahrter Backsteingebäude, die bessere Zeiten gesehen haben. Auf dem Parkplatz ermahnen Schilder, keine Waffen mit auf das Firmengelände zu bringen.

„Viele glauben, dies sei eine düstere Gegend“, sagt Timken-Manager Jon Elsass (53). „Aber es gibt immer noch einen sehr lebendigen industriellen Kern. Wir jedenfalls fühlen uns der Region verpflichtet. Die Zentrale bleibt hier.“

Was allerdings nichts daran ändert, dass selbst Weißkragen-Jobs globalisiert werden: Vor ein paar Jahren hat Elsass 380 Verwaltungsarbeitsplätze nach Indien verlagert. Auch der Stellenabbau der Autozulieferersparte geht weiter. Auswirkungen der Krise, die General Motors, Ford und Chrysler erfasst hat.

tet die Innenstadt ein Bild des Verfalls. Leer stehende Fabrikgebäude und Lagerhallen, abrisssreife Läden. Daran schließen sich die Wohnviertel der Ärmern an: verlassene Häuser, die nicht mal mehr Verkaufsschilder tragen; Männer, die tagsüber auf der Straße herumlungern. Wer es sich leisten kann, wohnt nördlich der Innenstadt in einer der neuen, abgeschlossenen Wohnanlagen.

ES IST NICHT SO, dass es keine Arbeit gäbe in Canton. Die Arbeitslosenquote liegt nur zwei Punkte über dem US-Durchschnitt: bei 7 Prozent. Auf den Jobseiten im Internet finden sich vor allem Angebote von Callcentern und Handelsfirmen. Die bringen um die sieben Dollar pro Stunde, und wenn es bezahlte Kranken- und Urlaubstage gibt oder der Arbeitgeber eine Krankenversicherung zahlt, dann finden die Inserenten das erwähnenswert.

Das Problem ist nur: Viele Leute wollen solche Jobs nicht mehr. Sie fühlen sich schlecht behandelt, schlecht bezahlt, entwürdigt. Immer mehr Männer gehen einfach nicht mehr arbeiten, schränken sich ein, leben vom Verdienst

später eine Lehre im Werk begonnen. So war das hier, früher.

Aber jetzt, sagt Creighton, jetzt sei alles anders.

„Viele Leute haben immer noch nicht verstanden, dass das Industriezeitalter vorbei ist, dass ihnen ihre Arbeitgeber nicht mehr alles abnehmen, dass sie sich selbst um ihre Ausbildung kümmern müssen.“ Es sei schrecklich. Sie könne das Gejammer wirklich nicht mehr hören.

Und dann bricht aus Mrs. Creighton, die als republikanische Calvinistin erzogen wurde, eine kleine Predigt hervor: „Natürlich ist die Lage nicht einfach, und es wird lange dauern, bis wir über den Berg sind, aber die Leute wollen doch nur jemanden für ihre Lage verantwortlich machen. Schauen Sie mich an: Ich habe keinen Collegeabschluss, ich habe mit 18 mein erstes Kind bekommen, dann noch eins, bin geschieden worden, habe zwei Jobs parallel gehabt, um meine Kinder durchzubringen. Ich weiß genau, in welcher Lage diese Leute sind. I walked in their shoes.“

Also reißt euch zusammen! Das ist die Botschaft.

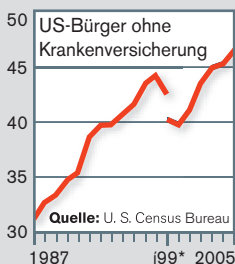
Wider den amerikanischen Traum

Für die Mittelschichten gibt es nur noch begrenzte Möglichkeiten

Status: Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre ist an den Mittelschichten vorbeigegangen. Das Jahreseinkommen der Median-Haushalte (exakt in der Mitte des Spektrums) liegt heute um 1200 Dollar unter dem Wert

von 1999. Steigende Zuwächse gibt es nur bei den Spitzen der Gesellschaft (Grafik unten). Die aktuelle „Forbes“-Liste der 400 reichsten Amerikaner enthält erstmals nur Milliardäre.

Schutzlos



*Anpassung der Daten nach Volkszählung.

Zugleich leben immer mehr Bürger ohne Krankenversicherung (Grafik links).

Ursachen: Globalisierung und technischer Fortschritt verschieben die Arbeitsnachfrage. Hoch Qualifizierte sind gesucht und können ihre Gehälter steigern. Geringer Qualifizierte verlieren hingegen Einkommen, etwa weil Industriebjobs wegfallen. Auch die Kapitaleinkünfte steigen durch die höhere weltweite Kapitalnachfrage.

Chancengleichheit? Für Aufsehen sorgt derzeit eine Studie des Ökonomen Tom Hertz. Danach ist in kaum einer anderen westlichen Gesellschaft der Aufstieg aus armen Verhältnissen an die Spitze so schwierig wie in den USA – und der Abstieg aus reichen so unwahrscheinlich.

Logisch, dass Janet Creighton eine begeisterte Unterstützerin von Präsident Bush ist. Ein Foto an der Wand zeigt sie und ihren zweiten Mann William mit George W. und Laura vor dem Weihnachtsbaum im Weißen Haus.

Bush hilft auch schon mal, wenn die Zeiten hart sind. Weil Stark County, der Kreis, in dem Canton liegt, von Demokraten und Republikanern heiß umkämpft ist, war die Regierung vor einigen Jahren so nett, die Timken-Stahlproduktion mit Strafzöllen vor angeblichem Dumping zu schützen. Deutsche Konkurrenten waren nicht amüsiert.

EIN TYPISCHES MUSTER: Eigentlich befürworten Republikaner offene Grenzen. Sie glauben, dass sich soziale Probleme am besten durch hohe Wachstumsraten und schiere Willenskraft überwinden lassen. Aber manchmal muss man eben Kompromisse machen, um die eigenen Unterstützer zu beruhigen. Zu stark ist das Gefühl der Bedrohung von außen.

Eine Sehnsucht nach Abkehr vom Rest der Welt macht sich breit. Das Polit-Establishment nimmt diese Stimmung auf, verstärkt sie. In der Debatte haben sich China und Mexiko inzwischen als Feindbilder zu Osama Bin Laden und Saddam Hussein gesellt. Neben

Schiefe Ebene

Durchschnittliche Jahresverdienste der US-Haushalte nach Einkommensgruppen

	Dollar	Veränderung gegenüber 2004 in Prozent
Reichstes Fünftel	159 583	1,2 ↑
2. Fünftel	72 825	-1,6 ↓
3. Fünftel	46 301	-1,0 ↓
4. Fünftel	27 357	-0,7 ↓
Ärmstes Fünftel	10 655	-0,8 ↓

Quelle: U. S. Census Bureau

den „War on Terror“ ist der „War against the Middle Class“ als zweites großes Thema getreten. Und wenn Krieg ist, dann muss man, logisch, kämpfen.

Also wird ein 1000 Kilometer langer, hightechbewehrter Zaun entlang der mexikanischen Grenze gebaut, um illegale Einwanderer abzuwehren. Also sollen Strafzölle Importe aus China erschweren; ein Gesetzentwurf der Senatoren Lindsey Graham (Republikaner) und Charles Schumer (Demokraten) sieht eine 27,5-prozentige Abgabe auf chinesische Güter vor, falls der Renminbi nicht deutlich aufwertet.

„US-Arbeiter und -Unternehmen zuerst“, tönt der Demokrat Sherrod

Brown (54), der sich um einen Sitz für Ohio im Senat bewirbt. „Ich will die Handelspolitik so verändern, dass sie Firmen zugute kommt, die Jobs bei uns zu Hause schaffen.“ Eine weitverbreitete Haltung.

Finanzminister Hank Paulson versucht zu beschwichtigen. Um etwas Zeit zu gewinnen, hat er kürzlich mit der chinesischen Führung einen „strategischen Dialog“ vereinbart – und musste sich dafür als Vasall asiatischer Jobkiller beschimpfen lassen („Politics made in China“), mit denen er, der Ex-Goldman-Sachs-Chef und Multimillionär, doch lange gute Geschäfte gemacht habe.

Auch europäische Unternehmen bekommen die neue amerikanische Angst vor Wettbewerb zu spüren. So manche ausländische Investition in den USA dürfte künftig genauer unter die Lupe genommen werden. Eine Reform des „Committee on Foreign Investments in the United States“ (CFIUS) – jenes Gremiums, das ausländische Engagements in als sicherheitsrelevant erachteten Branchen untersucht – soll sich auch überwiegend ziviler Branchen wie der Telekommunikation annehmen. Neue Hürden für den Einstieg ausländischer Konzerne in Amerika.

Egal ob die Demokraten bei den Wahlen im November die Mehrheit in einer der beiden Parlamentskammern erringen: Die Zeit für weitere Marktöffnungen ist erst einmal abgelaufen. In den verbleibenden zwei Jahren bis zur nächsten Präsidentschaftswahl wird es für die freihändlerische Bush-Regierung schwierig sein, sich gegen einen zunehmend globalisierungskritischen Kongress durchzusetzen.

Ob bereits ausgehandelte bilaterale Handelsabkommen vom Parlament ratifiziert werden – fraglich. Ein anstehender Vertrag mit der asiatischen Exportmacht Korea hat gar das Potenzial, ein innenpolitisches Beben auszulösen.

Nicht eben günstig sind auch die Voraussetzungen für die scheintoten Welt-handelsgespräche bei der WTO. Bushs Mandat für die Verhandlungen läuft im Juni 2007 ab. Falls es ihm überhaupt gelingen sollte, dem Kongress eine Erneuerung abzutrotzen, dann wohl nur unter der Verpflichtung, Sozial- und Umweltstandards stärker zu berücksichtigen. Einschränkungen, die die WTO-Verhandlungen umso schwieriger

machen würden. „Wir erleben einen Trend zur Abschottung“, sagt Goldman-Sachs-Manager Bob Zoellick (53), bis vor Kurzem Vizeaußenminister in Bushs Kabinett. „Noch sind diese Tendenzen nicht dominant, aber sie könnten zunehmen. Einige Politiker experimentieren mit Wirtschaftspopulismus.“

Erst recht im Falle eines herben Konjunktüreintritts. Bislang sagen die meisten Ökonomen zwar lediglich einen moderaten Rückgang des Wachstums vorher, auf Raten zwischen 2 und 3 Pro-

europäischer, ein bisschen wenigstens. Weil die Bürger sich den ökonomischen Verwerfungen ausgeliefert fühlen, wenden sie sich auf der Suche nach Sicherheit an den Staat. Spekulationen über höhere Steuern für Reiche – gepaart mit einer Entlastung der Mittelschichten – bleiben unwidersprochen.

Laissez-faire verliert an Attraktivität in Zeiten der Globalisierung. So sieht das auch Virg Bernero (42). Allerdings würde er das nicht so ausdrücken, man will ja keine Wähler verschrecken. Lie-

trieb sind und eine der angesehenen öffentlichen Hochschulen der USA, die Michigan State University (MSU), hier ihren Sitz hat – die Innenstadt sieht ziemlich mitgenommen aus, seit vor Jahrzehnten die weißen Mittelschichtsbürger in die Vororte gezogen sind.

Damit sich die Kreativen, die MSU-Absolventen, die Firmengründer für Lansing interessieren, setzen Bernero und sein Team alles daran, die Innenstadt aufzuhübschen („Rost ist das alte Lansing – Blumen sind das neue“). Seit

Amerika wird europäischer, ein bisschen wenigstens



Ende des Laissez-faire in Lansing, Michigan: Bürgermeister Bernero (links), Baustelle im Zentrum, Unternehmer Schoen

zent. Aber die Lage ist wacklig: Wie tief werden die Immobilienpreise fallen? Wie weit werden die Amerikaner (Sparquote: immer noch null) ihre Konsumausgaben einschränken? Wie werden die großen Kapitalanleger darauf reagieren? Wird das gigantische Leistungsbilanzdefizit durch einen Dollar-Crash saniert (siehe mm 8/2006)? Wird Amerika in eine tiefe Rezession fallen?

ABER SELBST EINE BLOSSE Verlangsamung des Wachstums werden viele Amerikaner als krisenhafte Entwicklung wahrnehmen. Schon in den vergangenen Jahren ist das Einkommen der Median-Haushalte – derjenigen in der Mitte des Einkommensspektrums – gesunken. Gewonnen haben nur die oberen 20 Prozent (siehe Grafik Seite 184). Bei abkühlender Konjunktur dürfte die Verteilung umso schiefer werden. Sogar Finanzminister Paulson gestand kürzlich, er finde die Verteilung unbefriedigend. Im Bush-Camp etwas Neues.

Die Angst vor dem Verlust der Mitte ist dabei, den Kurs der Politik zu verschieben: Die Grundströmung der US-Politik driftet nach links – Amerika wird

ber sagt er: „Wir müssen unsere Aktivitäten zu unserem Vorteil nutzen, anstatt einfach darauf herumsitzten.“

Seit zehn Monaten ist Bernero Bürgermeister von Lansing, und er räumt freimütig ein, dass er weder vom Regieren noch vom Business wirklich Ahnung hat („Ich lerne noch“). Aber er hat Thomas Friedmans Bestseller „The World is flat“ gelesen. Seither weiß er, wie die Globalisierung funktioniert und worauf es als Politiker ankommt: die Fähigen, die Hochproduktiven, die Kreativen aus aller Welt anzulocken.

Deshalb will Bernero nun die New Economy nach Lansing holen. Es sei die einzige Chance, die sich im ansonsten trüben Michigan biete. Und weil er als Politprofi ein Freund kühner Slogans ist, fügt er noch hinzu: „Wir wollen eine der großartigen Metropolen des Mittleren Westens werden. Es gibt nichts, was uns daran hindern kann.“

Nur: So, wie die Stadt bislang aussieht, wird das nichts.

Obwohl Lansing der Regierungssitz Michigans ist, obwohl eine halbe Million Menschen im Großraum leben, obwohl immer noch drei GM-Fabriken in Be-

Langem vor sich hin gammeln: Fabrikgebäude und Art-déco-Kaufhäuser sollen in Zukunft Büros, Lofts, Restaurants beherbergen. Eine neue Busverbindung zum einige Meilen entfernten Campus soll die Studenten downtown bringen.

Klingt nach Old Europe? Und wie!

Denn all das funktioniert nur, wenn großzügig Subventionen ausgereicht werden. Keine Renovierung, keine Firmenansiedlung ohne staatliche Beihilfen.

Allein wegen der Steuervergünstigungen hat sich Kevin Schoen (33), Chef von ACD.net, einem regionalen Internet- und Telefonprovider, entschieden, ein neues Datenzentrum in Lansing zu bauen. Sonst, sagt er, wäre er nach Kalifornien, Arizona oder Florida gegangen.

Dass die Wirtschaft im Mittleren Westen insgesamt „ein Desaster“ sei, habe natürlich auch sein Gutes – die Immobilienpreise seien niedrig. Im Übrigen laufe das Geschäft prima: Seine Firma wachse um 20 Prozent im Jahr. „Hier in Michigan gibt es eben nicht nur Niedergang und Trübsal.“

Die Wüste lebt – jedenfalls wenn sie künstlich bewässert wird.

Henrik Müller